

Deutscher Journalismus: Komm´mir nicht mit Fakten meine Meinung steht!

Sehr geehrter Herr Dr. Ufer,

vielen Dank für Ihren Leserbrief zu meinem Leitartikel, auf denen ich Ihnen gerne antworte. Es wird Sie nicht überraschen, dass ich Ihre Ansichten nicht teile.

Sie schreiben, die Energiewende hätte keine Vorteile. Ich halte das Gegenteil für richtig. Gerade die erneuerbaren Energien haben in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass sich der Strompreis an der Leipziger Strombörse um rund 50 Prozent verringert hat. Dass sich dieser Preisverfall nicht auf den Verbraucher durchschlägt, ist ein wirkliches Manko. Es gibt allerdings schon Reformansätze, um dies zu beheben. Eine Art Altschuldenfonds, mit dem die Förderung der erneuerbaren Energien nicht über den Strompreis bezahlt wird, gehört beispielsweise dazu. Für dessen Finanzierung könnten auch die Anlagenbesitzer selbst herangezogen werden.

Sehr geehrter Herr Ufer, ich gehöre nicht zu den Personen, die die Energiewende vollkommen unkritisch betrachten. Im Gegenteil. Ich möchte dennoch, dass bestimmte Aspekte gerade gerückt werden. Seitdem ich mich mit diesem Thema befasse, diskutiere ich mit Leuten, die den Atomstrom verteidigen, die vor einem Kollaps des deutschen Energiesystems und vor wirtschaftlichen Abwanderungen warnen. Nichts von all dem ist bisher eingetreten. Weder kam es zu einem Blackout in Deutschland, weder sind bisher mittelständische Unternehmen abgewandert, wie befürchtet wurde, noch gibt es einen gesellschaftlichen Umschwung, der den Atomstrom verteidigt. Es gibt keine Deindustrialisierung, die seit Jahren von mancher Seite aus beschrieben wird. Im Gegenteil: Eine Umfrage der Gewerkschaft IG BCE hat erst vor Kurzem gezeigt, dass die Wirtschaft die Energiewende akzeptiert, sie gutheißt und sie nutzen will. Mir wäre auch kein Beispiel bekannt, bei dem die Umwelt durch den Einsatz erneuerbarer Energien zerstört wurde. Die Arbeitslosigkeit hat in den vergangenen Jahren abgenommen: Eine rasant steigende Zahl an Erwerbslosen durch die Energiewende halte ich schlicht für Legende.

Sie haben Recht, es gibt noch viele Probleme. Ausnahmen bei der Zahlung der Ökostrom-Umlage wird viel zu vielen Unternehmen gestattet, es gibt nur wenig Anreize für Windmüller oder Solaranlagen-Besitzer, ihren Strom ins Netz zu leiten, wenn er auch wirklich benötigt wird. Zudem wird Strom an manchen Tagen sogar ans Ausland verschenkt, damit das Netz in Deutschland nicht zusammenbricht – manchmal zahlen deutsche Netzbetreiber gar Geld, damit der Strom abgenommen wird. Ich halte diese Probleme aber alle für lösbar. Allein durch eine Umgestaltung der Fördersätze im Bereich der Photovoltaik ist es gelungen, dass Solaranlagen-Betreiber ihren Strom selbst verwenden, als das Netz damit zu belasten.

Es ist ein beliebtes Argument von Kritikern der Energiewende, auf die Kosten für die Verbraucher hinzuweisen. Ich kann dagegen nichts sagen: Sie werden

belastet. Dies zu negieren, wäre auch falsch. Nur sehe ich – wie beispielsweise der Sachverständigenrat für Umweltfragen – Vorteile, die nicht monetarisiert werden. Was kostet uns beispielsweise die jahrtausendelange Lagerung von Atommüll? Wie viel Geld hat Deutschland schon in Gorleben versenkt? Diese Kosten werden von Befürwortern der Atomenergie gerne verschwiegen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Bollenthal

(Name von der Redaktion geändert)

Hier die Antwort von Dr. Ufer..

Sehr geehrter Herr Bollenthal,

Sie hielten es für erforderlich, mir eine Erwiderung auf meinen Leserbrief zu Ihrem NNZ-Leitartikel (Name der Zeitung geändert) vom 16. Oktober zu schreiben. Wir sind uns einig: Ich stimme Ihren Auffassungen zur „Energiewende“ keinesfalls zu! Vor reichlich einem Jahr hatten wir schon einmal einen Meinungs austausch zu gleichen Thema. Ich hatte Ihnen damals ausführlich auf Ihre Einwände geantwortet. Beim nochmaligen Durchsehen stelle ich fest, dass es sich im Wesentlichen um die gleichen Argumente handelt, mit denen Sie auch heute operieren. Sie hielten es allerdings nicht für erforderlich, mit auf mein umfangreiches Schreiben vom 25. August 2012 zu antworten. In der Anlage schicke ich Ihnen unseren damaligen Mailwechsel noch einmal zu. Ich würde mich freuen, wenn Sie ihn nicht nur lesen würden, sondern auch versuchen, ihn zu verstehen! Gestatten Sie mir trotzdem einige Anmerkungen zu Ihrer jüngsten E-Mail.

Sie schrieben am 18.10.13, dass die erneuerbaren Energien in den vergangenen Jahren dazu beigetragen hätten, dass sich der **Strompreis an der Leipziger Strombörse** um rund 50 Prozent verringert hat und bezeichneten das als „Vorteil“ der „Energiewende“. Sie sollten wissen: Der Börsenpreis hat nur sehr wenig mit den tatsächlichen Erzeugungskosten zu tun! Elektrische Energie wird an der EEX lediglich zu den Betriebskosten gehandelt; bei konventionellen Kraftwerken sind das im Wesentlichen die Brennstoffkosten. Bei Wind- oder Photovoltaikanlagen ist dieser Kostenanteil praktisch Null – daher sinkt der Börsenpreis. Die Fixkosten bleiben bei diesem Handel unberücksichtigt.

Und nun bedauern Sie, „dass sich dieser Preisverfall nicht auf den Verbraucher durchschlägt“ und bezeichnen das als „wirkliches Manko“. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Das EEG schreibt vor, dass Betreibern/Investoren die Einspeisung von Elektroenergie aus Wind-, Solar- und anderen Anlagen zu staatlich festgelegten Preisen (die nichts mit den EEX-Preisen zu tun haben!) vergütet wird, und das – verbunden mit einer staatlichen Absatzgarantie – für 20 Jahre. Die Differenz zwischen den staatlich verordneten Einspeisevergütungen und dem Börsenpreis muss irgendjemand bezahlen: Entweder der Staat aus seinem Haushalt oder die Vielzahl der Stromverbraucher. Es wurde die zweite Variante gewählt. Weil – politisch gewollt! – immer mehr von

dem Strom eingespeist wird, der zwar an der Börse mit niedrigen Kosten gehandelt wird, jedoch real wesentlich teurer als der Strom aus konventionellen (Kohle-, Gas- und Nuklear-) Kraftwerken ist, müssen wir von Jahr zu Jahr mehr für den Strom zahlen.

Wenn Sie fordern, dass der „Preisverfall“ an der Börse auf die Verbraucher durchschlagen soll, dann haben Sie entweder dieses Handelssystem nicht verstanden oder Sie wollen das EEG abschaffen. Weil Sie aber die „Energiewende“ mit aller Kraft verteidigen, können Sie das EEG, eine der Grundfesten der „Energiewende“, nicht wirklich antasten wollen! Wie so manche Politiker wollen das EEG „reformieren“. Können Sie mir auch sagen, wie man das machen soll? Ihre Floskeln von „Altschuldenfonds“ etc. sind unverständlich. Bisher habe ich noch nicht einen einzigen Vorschlag zu Gesicht bekommen, der dieses verhängnisvolle Gesetz so verändert, dass auch in der Energiewirtschaft wieder uneingeschränkt Wettbewerb möglich ist. Die einzig zielführende Lösung wäre die ersatzlose Streichung des EEG, einschließlich des „Bestandsschutzes“ der Altanlagen-Betreiber. Aber wer unter den direkt oder indirekt von der Politik Abhängigen hat den Mut, das zu fordern?

„Mit geradezu boshafter Freude“ (Ihre Worte!) erklären Sie mir, dass es bisher nicht zu einem **Blackout** kam, dass es keine **Deindustrialisierung** gäbe und dass die **Umwelt** auch nicht durch „erneuerbare Energien“ zerstört würde. Kennen Sie die Fakten nicht oder wollen Sie sie nicht sehen?

Wollen Sie vor einem **Blackout** erst „warnen“, wenn er eingetreten ist? Sie werden dann keine Gelegenheit mehr dafür haben! Damit er aber nicht eintritt, kämpfen Fachleute buchstäblich Tag und Nacht für unsere sichere Versorgung. Ein Beispiel unter vielen: Der Übertragungsnetzbetreiber Tennet muss immer häufiger kurzfristig ins Netz eingreifen indem Notreserven aus dem Ausland mobilisiert oder Kraftwerke zu- oder abschaltet werden müssen. „Wir haben heute im Schnitt drei Eingriffe ins Stromnetz am Tag. Vor zehn Jahren waren es drei im gesamten Jahr.“ (VDI nachrichten, 4. 10.13) Ähnliche Meldungen gibt es von den anderen deutschen Netzbetreibern.

Wollen Sie auch erst dann Ihre journalistischen Aktivitäten entfalten, wenn Deutschland wirtschaftlich am Boden liegt, wenn die **Deindustrialisierung** vollzogen wurde? Warnungen von Fachleuten passen nicht in Ihr Konzept. Trotzdem will ich Sie noch einmal auf einige Wortmeldungen aufmerksam machen:

Eric Schweitzer, Präsident des DIHK: „Ja, wir brauchen ein marktwirtschaftliches System, um in unserem Land nicht schleichend auf eine Deindustrialisierung in energieintensiven Branchen zuzusteuern.“ (LVZ 19./20.10. 13)

Garrelt Duin, Wirtschaftsminister von NRW: „Wir dürfen nicht alles dem Klimaschutz unterordnen. Wir fordern von Südeuropa eine höhere Wettbewerbsfähigkeit, die EU entwirft eine Strategie zur Re-Industrialisierung – und Deutschland macht eine Energiepolitik, die

das Gegenteil bewirkt.“ (Wirtschaftswoche.de 22.120.13)

Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des DIHK erklärte, die steigenden Energie- und Rohstoffkosten seien das „Konjunkturrisiko Nummer 1“. Jeder zweite Betrieb Sorge sich darum, in der Industrie seien es gar zwei von drei Unternehmen. Auch nehme die Bereitschaft zu Standortverlagerungen wegen der hohen Energiekosten zu. Ohne ein Umsteuern bei der Energiewende verstärke sich dieser Trend. (FAZ 22.10.13)

Ulrich Grillo, Präsident des BDI, erklärte, die deutsche Industrie sei auf wettbewerbsfähige Energiepreise angewiesen. Dass schon jetzt in diesen Unternehmen nur noch rund 85 Prozent der Abschreibungen reinvestiert werden, ist ... ein klares Indiz für den begonnenen schleichenden Rückzug aus einem Land mit zu teurer Energie. (FAZ 4.10.13)

Winand von Petersdorff: „Hierzulande stehen nicht nur ein paar Chemieanlagen zur Disposition, sondern mittelfristig der gesamte Industriestandort als Quelle des deutschen Wohlstands.“ (FAS 23.6.13)

Dieter Ameling, ehem. Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl: „Es ist unwahrscheinlich, dass in Deutschland noch mal ein neues Stahlwerk gebaut wird, eine große Chemiefabrik oder ein Werk für Karbonfasern. Wer die freie Wahl hat, wird sich für Standorte entscheiden, die niedrige Energiekosten aufweisen. Die Investitionen der Ausländer in Deutschland sind deutlich weniger geworden. Wir sind in der Statistik auf Platz 39 abgefallen. Umgekehrt sind deutsche Investitionen im Ausland stark angestiegen. Wer die freie Wahl hat, wird meist woanders hingehen. In den Vereinigten Staaten wird der Strom viermal billiger, wenn die Erdgasproduktion durch Fracking gesteigert wird. ... Die Deindustrialisierung in Deutschland verringert den Wohlstand, schwächt das soziale Netz. Wir nähern uns sehr schnell der Situation der Industrie in England und Frankreich.“ (FAZ 7.8.13)

Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie fordert den sofortigen Förderstopp für neue Ökostromanlagen. „Wenn die nächste Bundesregierung nicht schnell handelt, steht unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Spiel“ (FAZ 4.10.13)

Diese Liste ließe sich nahezu unendlich, z. B mit Wortmeldungen von EU-Energiekommissar *Günther Oettinger* und vielen Beiträgen aus der LVZ, fortführen. Schon vor einem Jahr habe ich Ihnen eine ganze Reihe ähnlicher Zitate geschickt. Aber was interessiert Sie die Meinung von Fachleuten – Sie wissen es besser: **„Es gibt keine Deindustrialisierung“**.

Umweltzerstörung durch „erneuerbare Energien“:

Auch an dieser Stelle könnte ich Ihnen viele Wortmeldungen von Umweltschützern (nicht zu verwechseln mit „Klimaschützern“!) zitieren, die sich gegen den Ausbau der Windenergie, gegen landwirtschaftliche Monokulturen oder gegen die Verunstaltung historischer Bausubstanz mit Solar-Dächern wenden.

Verweisen möchte ich lediglich auf die Austrittserklärung *Enoch zu Guttenbergs* aus dem BUND. Er schreibt dort u. a.: *„... schweren Herzens und voller Trauer erkläre ich heute (11.5.12) meinen Austritt aus dem von mir mitbegründeten BUND UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND. Lange Zeit war ich stolz auf die großen Leistungen und Verdienste unseres Verbandes, die maßgeblich zum umweltpolitischen Umdenken in Deutschland und in Europa beigetragen haben. ... Umso schmerzlicher empfinde ich die katastrophale Entwicklung im deutschen Landschafts-, Arten- und Denkmalschutz, die durch Aktivitäten vieler BUND-Kreisgruppen, aber auch von BUND-Landesverbänden, ja bis hinauf in die Führung des Verbandes unter der Überschrift ENERGIEWENDE verantwortungslos gefördert wird. Die weitgehende Zerstörung der deutschen – bisher auch und gerade durch unseren Einsatz ausgewiesenen – Landschaftsschutzgebiete und Naturparks durch riesige Windkraft- aber auch Photovoltaikanlagen wird in unzähligen Fällen durch die oben genannten Institutionen des BUND nicht nur geduldet, sondern aktiv unterstützt.“*

Er sagte auch: *„Inzwischen nämlich geht es um die Kernregionen deutscher Geschichte und Kultur, um Landschaftsschutzgebiete, bislang sorgsam bewahrte Kulturräume und Ensembles, die man um unseres unstillbaren Energiehungers willen im Verein mit den unsagbaren Photovoltaik-Untaten auf den Dächern alter Ortsgefüge, in ihrer Identität, in ihrem Wert hinrichtet und vernichtet. ... Windkraftanlagen sind nicht nur Geländefresser. Sie erfordern nicht nur die Erschließung, also die Entwaldung ganzer Höhenzüge. Sie sind zudem hocheffiziente Geräte zur Vernichtung von Vögeln und Fledermäusen.“* (FAZ 12.5.12)

Aber all das bemerken Sie nicht: **„Mir wäre auch kein Beispiel bekannt, bei dem die Umwelt durch den Einsatz erneuerbarer Energien zerstört wurde.“** Reisen Sie blind durch unser Land?

Sie schrieben mir: „Es ist ein beliebtes Argument von Kritikern der Energiewende, auf die **Kosten für die Verbraucher** hinzuweisen. Ich kann

dagegen nichts sagen: Sie werden belastet. Dies zu negieren, wäre auch falsch.“ Im Gegensatz zu fast jedem Politiker oder Journalisten, der darüber spricht oder schreibt, unternehmen Sie nicht einmal den Versuch, nach Möglichkeiten der Kostensenkung zu suchen. Sie nehmen sie als quasi naturgegeben hin und versuchen sie sogar noch zu rechtfertigen, indem Sie die hohen Kosten der „Energiewende“ den **Kosten für „die jahrtausendelange Lagerung von Atommüll“** gegenüberstellen. Ich habe Sie schon einmal auf aktuelle nukleartechnische Entwicklungen hingewiesen. Ihre jüngsten Ausführungen belegen: Sie ignorieren alles, was Ihnen unangenehm ist – oder Sie verstehen es nicht! Ich empfehle Ihnen daher dringend: Versuchen Sie bitte nicht, mit Ihren Fachkenntnissen die Wirtschaftlichkeit der „Energiewende“ herbeizuschreiben oder gar herbeizurechnen. Es dürfte Ihnen nicht gelingen!

Aufgefallen ist mir übrigens, dass Sie bei Ihrer jüngsten Verteidigung der „Energiewende“ nicht ein einziges Mal den **„Klimaschutz“** bemühten. Offiziell war der ja einer der Hauptgründe für die „Energiewende“! Am 18.8.2012 schrieben Sie mir noch: „Ich hänge der Meinung an, dass ein Zusammenhang zwischen dem Ausstoß von Kohlenstoffdioxid und Klimaerwärmung besteht.“ Sind Sie inzwischen vom Glauben abgefallen?

Ich schließe meine Ausführungen zwar mit der Hoffnung, dass Sie meine Ausführungen nicht nur lesen, sondern auch so viel daraus lernen, dass Ihnen klar wird, dass **die „Energiewende“ nur unter Bedingungen machbar ist, die mit der Zerstörung nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern zugleich unseres Lebensstandards und unserer Umwelt verbunden sind.** Um es noch deutlicher zu sagen:

Die von energiewirtschaftlichen Laien in Deutschland inszenierte „Energiewende“ ist eines der größten volkswirtschaftlichen Verbrechen der letzten Jahrzehnte!

Selbstverständlich kann ich Sie nicht daran hindern, genau das Gegenteil zu glauben – ganze Parteien in Deutschland leben von diesen Illusionen. Sie behaupten zwar von sich, die „Energiewende“ nicht unkritisch zu betrachten, möchten aber „bestimmte Aspekte“ gerade rücken. Aber genau das tun Sie nicht, denn in all Ihren Wortmeldungen zur Energiepolitik, die ich seit langem verfolge, versuchen Sie diese verhängnisvolle energiepolitische Entscheidung zu rechtfertigen, schön zu reden. Ich empfehle Ihnen daher dringend, bei Ihren weiteren journalistischen Arbeiten entweder energiepolitische Themen völlig zu meiden oder wenigstens so darzustellen, dass Sie eine kundige Leserschaft, die vielleicht noch etwas mehr als Sie von Energiewirtschaft versteht, nicht vor den Kopf zu stoßen und zu beleidigen.

Ohne Hoffnung auf eine Antwort von Ihnen verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Dr. Dietmar Ufer

Grünwaldstr. 1

04103 Leipzig

PS: Ich erlaube mir, diesen Mail-Wechsel einer Reihe von Fachkollegen und weiteren Interessierten zur Kenntnis zu geben.